

368/2005

Stuttgart, den 21.12.05

Land lässt Straßenanwohner im Stich

Grüne kritisieren Ablehnung von LKW-Maut auf Bundesstraßen

Die Ankündigung der Landesregierung, die LKW-Maut nicht auf Bundesstraßen auszudehnen, löst beim verkehrspolitischen Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer Kopfschütteln aus: „Solange sie nichts tun musste, klagte die Landesregierung über den LKW-Verkehr auf Ortsdurchfahrten. Jetzt könnte sie die Mautflucht wirksam bekämpfen und schon sind die Lobbyinteressen einiger Spediteure wichtiger als die Brummi-geplagten Anwohner.“

Für attraktive Autobahnalternativen wie die B 10 von Karlsruhe und Bretten über Stuttgart nach Ulm oder B 31 Freiburg-Donaueschingen muss nach Palmers Auffassung eine Maut eingeführt werden: „Die drastische Zunahme des LKW-Verkehrs auf einigen Bundesstraßen macht die LKW-Maut zwingend, sonst bleibt es bei Dreck und Lärm für die Anwohner.“

Das Argument, die regionale Wirtschaft leide unter einer Maut, ist für Palmer nicht nachvollziehbar: „Wenn es sich um Regionalverkehr handelt, spielt eine LKW-Maut überhaupt keine Rolle. Ein 12-Tonner würde für die Strecke von Ludwigsburg nach

Vaihingen an der Enz gerade mal drei Euro Mautgebühr bezahlen. Das kann für die regionale Wirtschaft nicht der Todesstoß sein.“

Auch finanziell ist die Entscheidung der Landesregierung für Palmer absurd: „Durch eine Maut auf Bundesstraßen könnte ein dreistelliger Millionenbetrag zusätzlich eingenommen werden. Warum das Land die Mautflüchtlinge weiter ungeschoren lassen will, bleibt ihr Geheimnis.“